

Aktionsplan Inklusion

„Fürth Für Alle“

Ort: Sitzungssaal Technisches Rathaus

Datum und Uhrzeit: 17.07.2017, 19:00 Uhr – 21:00 Uhr

2. Treffen Vernetzungsforum Politische Teilhabe

Teilnehmer: 6

Name	Vorname	Institution
Baumgartner	André	Die Linke
Buba	Hanspeter	BASIS-Institut
Gottwald	Monika	Stadträtin
Kirchner	Carmen	Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen / Stadtverwaltung Fürth
Schelter	Werner	
Tiedemann	Elena	BASIS-Institut

Inhalt

1 Begrüßung durch Herrn Dr. Buba	2
2 Vorstellung des Planungsprozesses durch Herrn Dr. Buba	2
3 Diskussion	2
4 Verabschiedung	9

1 Begrüßung durch Herrn Dr. Buba

Herr Dr. Buba vom BASIS-Institut in Bamberg begrüßt die Teilnehmer des zweiten Vernetzungsforums zum Thema Politische Teilhabe recht herzlich und freut sich über das Erscheinen der Teilnehmer.

Nachdem sich er und sein Team kurz vorgestellt haben, bittet er alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer, sich auch kurz mit ihrem Namen und, falls vorhanden, ihrer Position/Institution vorzustellen.

2 Vorstellung des Planungsprozesses durch Herrn Dr. Buba

Herr Dr. Buba skizziert kurz den Ablauf der heutigen Sitzung. Er berichtet, dass wie im ersten Treffen vereinbart, aus den Gesprächen des ersten Treffens im Vernetzungsforum Politische Teilhabe von Seiten des BASIS-Instituts bereits einige Maßnahmen vorformuliert wurden. Ergänzt wurden diese Maßnahmen zudem mit Inklusionsmaßnahmen aus anderen Städten und Landkreisen, die auch für die Stadt Fürth interessant sein könnten. Beide sind in einem Handout zusammengefasst. Darin sind die Ideen aus anderen Projekten rot gekennzeichnet, die Maßnahmen, die aufgrund des ersten Vernetzungsforums in Fürth erarbeitet wurden, schwarz markiert sind. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer bekommen in der heutigen Sitzung ein ausgedrucktes Exemplar dieser Maßnahmenvorschläge.

Diese Vorschläge zu Maßnahmen sollen heute im Einzelnen betrachtet, durchdiskutiert, durch die Anwesenden korrigiert und ergänzt werden. Daraus soll dann ein Entwurfstext für die Endfassung der Maßnahmen entstehen, der in den Aktionsplan Inklusion eingeht.

3 Diskussion

Zu Beginn der Diskussion merkt Herr Buba merkt an, dass Maßnahmen gänzlich deterministisch formuliert sind. Es wurde bewusst auf Verben wie ‚könnte‘ oder

‚müsste‘ verzichtet, weil dies, wie die Erfahrung zeigte, zu Missverständnissen und zur Unverbindlichkeit von Maßnahmenvorschlägen führte.

Maßnahme Schaffung von Barrierefreiheit bei Parteisitzungen

Es herrscht Einverständnis, die Maßnahme wie vorgeschlagen, in den Maßnahmenkatalog aufzunehmen.

Frau Kirchner (Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen / Stadtverwaltung Fürth) berichtet, dass in Erlangen im Amt ein Anrecht auf Gebärdensprachdolmetscher bestehe. Dadurch wären viel mehr Teilnehmer bei Sitzungen anwesend, da diese Bürger sich sehr interessiert zeigen.

Stadträtin Frau Gottwald möchte wissen, wie viele Menschen mit Behinderung in Fürth leben. Es wird vereinbart, diese Daten zu recherchieren und ins Protokoll aufzunehmen. Die Ergebnisse dieser Recherche: Laut der Strukturstatistik SGB IX des Zentrum Bayern Familie und Soziales Stadt Fürth lebten 2015 etwa 15.000 schwerbehinderte Menschen mit einem Grad der Behinderung (GdB) von 50 oder mehr in Fürth. Dies macht ca. einen Anteil von 12,2 Prozent an der Gesamtbevölkerung aus. Von den Menschen, die eine Schwerbehinderung haben, waren mit fast 55 Prozent über die Hälfte 65 Jahre oder älter (ZBFS (2016): Strukturstatistik SGB IX Stadt Fürth). Der Anteil von 12,2 Prozent an der Gesamtbevölkerung dürfte allerdings eine Unterschätzung des tatsächlichen Anteils der Menschen mit Behinderung sein: Die Beantragung eines Schwerbehindertenausweises geschieht in der Regel, wenn die gesetzlich vorgesehenen Vergünstigungen, die damit verbunden sind (z.B. in der Erwerbstätigkeit), in Anspruch genommen werden sollen. Auch setzt die Entscheidung zur Beantragung eines Ausweises ein gewisses Maß an Informationen voraus. Es wird daher vermutet, dass in der Schwerbehinderten-Statistik z.B. Frauen ohne Berufstätigkeit und ausländische Mitbürger unterrepräsentiert und Männer mit einer Erwerbskarriere überrepräsentiert

sind.¹ Überhaupt nicht erfasst sind Personen, die von einer Behinderung bedroht sind und die meisten Personen, bei denen ein Grad der Behinderung unter 50 festgestellt wurde. Zudem bieten Statistiken nur einen ersten Anhaltspunkt, da der GdB nichts über tatsächliche Einschränkungen aussagt und daher keine Bedarfe ableitbar sind.

Frau Gottwald weist auch darauf hin, dass sich durch die Hinzunahme von Senioren der Anteil schätzungsweise auf 15 Prozent erhöhe.² Sie plädiert dafür, dass die Politik in diese Richtung denken müsse, um diesen Anteil der Bevölkerung gerecht zu werden.

Maßnahme Einrichtung eines Ausschusses für Behindertenhilfe

Frau Kirchner berichtet, dass der Behindertenrat im Bauausschuss und im Sozialbeirat beteiligt sei und sie als Behindertenbeauftragte überall teilnehmen dürfe. Herr Buba möchte in diesem Zusammenhang wissen, welchen Sinn dann ein Ausschuss hat. Herr Baumgartner von „Die Linke“ betont, dass es bei dieser Maßnahme auch um Vernetzung gehe, z. B. durch die Lebenshilfe. Frau Kirchner erläutert, dass der Ausschuss ähnlich wie der Sozialbeirat formiert sein könne, sodass die Behindertenhilfe in den Ausschuss Einzug erhält. Der Sozialbeirat besteht aus Vertretern und Vertreterinnen der Fraktionen und aus beratenden Mitgliedern. Beratende Mitglieder sind freie und kirchliche Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Senioren- und Behindertenrat, die Lebenshilfe, die Fürther Tafel und das Gesundheitsamt.

Besprochen wird auch die Verbindung von Behinderten und Senioren in einem gemeinsamen Ausschuss. Da aber Senioren bereits im Sozialbeirat einbezogen und benannt sind, wird vereinbart, einen eigenen Ausschuss für Belange von Menschen mit Behinderung vorzuschlagen und ihm dem Sozialbeirat anzugliedern.

¹ Vgl. auch Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2013): Agentur für Gleichstellung im ESF. Daten und Fakten. Zielgruppen: Menschen mit Behinderung [http://www.esf-gleichstellung.de/96.html?&cHash=32856a0381&tx_ttnews\[cat\]=92](http://www.esf-gleichstellung.de/96.html?&cHash=32856a0381&tx_ttnews[cat]=92)

² Laut Fürth in Zahlen 2016 waren 2015 18,2 Prozent der Bevölkerung 65 Jahre oder älter. https://www.nuernberg.de/imperia/md/statistik/dokumente/veroeffentlichungen/berichte/fiz/fuerth_in_zahlen_2016.pdf

Beschlossen wird daher ein „Ausschuss für Behindertenangelegenheiten“. Die Maßnahme wird einbezogen. Ergänzung: „Auch eine bessere Vernetzung mit weiteren Kooperationspartnern (z. B. politische Parteien, Wohlfahrtsverbände) wird angestrebt...“

Ansonsten herrscht Einverständnis, die Maßnahme mit diesen Ergänzungen/Änderungen wie vorgeschlagen, in den Maßnahmenkatalog aufzunehmen.

Maßnahme „Willkommenskultur“

Es herrscht Einverständnis, die Maßnahme wie vorgeschlagen, in den Maßnahmenkatalog aufzunehmen. Ergänzung: siehe unten, Maßnahme „Peer Counselling“.

Maßnahme Wahlen

Herr Baumgartner, selbst Wahlvorstand, berichtet über die Praxis, wenn beim Wähler im Wahllokal Verständnisproblemen vorhanden sind oder Hilfen benötigt werden: In diesem Fall dürfen sich die Personen eine Person aus dem Wahlvorstand aussuchen, die sie unterstützt. Allerdings gebe es keine allgemeingültige Definition über Hilfen z. B. bei einer blinden Person. Die Praxis ist dann oft unbrauchbar: So werden blinden Wählern die Listen der Kandidaten laut vorgelesen und sie sollen bei dem gewünschten Kandidaten „Stop“ sagen; dies ist allgemein im Wahllokal zu hören und widerspricht einer geheimen Wahl. Deswegen wünscht er sich Schulungen und brauchbare Regeln.

Frau Kirchner beanstandet an den Wahlschablonen für sehbehinderte oder blinde Menschen, dass die Schablonen kompliziert zu handhaben sind und daher Menschen mit schlechter Orientierung damit Probleme haben. Schablonen seien demnach nicht das Mittel der Wahl. Herr Baumgartner fragt nach, wie Betroffene solche Wahlschablonen erhalten. Frau Kirchner erläutert, dass der Deutsche Blinden- und Sehbehindertenverband (DBSV) diese

verschicke. Anbei erhalte man eine CD, die den Wahlzettel vertone. Schließlich müsse man sich einprägen, das wievielte Loch man wählen wolle. Diese Schablonen würden allerdings nur für Bundes- und Landtagswahlen verschickt.

Es kommt die Frage nach Verfügbarkeit mobiler Leitsystemen in Schulen am Wahltag auf. Frau Kirchner schlägt vor, ein barrierefreies Wahllokal, das alle Menschen mit Behinderung besuchen, zur Verfügung zu stellen. Sie ist aber auch der Meinung, dass die Kommune kreativ sein müsse. So habe man in Erlangen am Boden Kabel für ein Leitsystem verlegt. Herr Buba regt an, die Wahlmöglichkeit für Menschen mit Behinderung, die Hilfe benötigen, zu bündeln und z. B. in vier Wahllokale zusammenzufassen, in denen Menschen von geschulten Wahlhelfern unterstützt werden. Es wird diskutiert, in diese Wahllokale eine Person an den Empfang zu stellen, die bei Bedarf Hilfestellungen geben kann.

Das Problem wird angesprochen, dass die Wahlbenachrichtigung komplett anonym versendet werden. Dies erschwert die gezielte Verlegung der Wahl in für Menschen mit Behinderung geeignete Wahllokale. Um Details besser klären zu können, soll ein Vertreter des Wahlamts zur Sitzung eingeladen bzw. den Maßnahmenvorschlag in geeigneter Form konkretisieren helfen. Frau Kirchner erläutert, dass in Nürnberg vor der offiziellen Wahl eine Briefwahl in der Behörde für Menschen mit Behinderung möglich ist. Dort würden Mitarbeiter auch auf Probleme bei den Wählern eingehen. Herr Baumgartner erklärt, dass diese Vorgehensweise bei einer Briefwahl vor Ort, zumindest der Teil mit einer Wahl in den Räumen der Behörde, auch in Fürth möglich sei. Das Problem hierbei sei, dass sich das Wahlamt in der Schwabacher Straße befinde. Er sieht eine Option darin, ein dauerhaftes Wahlamt in der Bürgerinfo zu eröffnen. Diese sei zentral gelegen und gut mit Bus und Bahn erreichbar.

Herr Buba möchte mehr über die Briefwahl vor Ort wissen. Herr Baumgartner erläutert, dass es sich hierbei um den Prozess des Abholens der Briefwahlunterlagen handle. Nach Abholung könne man direkt vor Ort wählen. Es wird überlegt, dass dies eine gute Alternative für Menschen mit

Sinnesbehinderung ohne familiäre Unterstützung sei. Überdies weist Herr Baumgartner darauf hin, dass selbst Menschen mit familiärer Unterstützung ihre Wahl auf diese Weise geheim halten können. Es wird festgehalten, dass mindestens ein zentrales Wahllokal eröffnet werden soll.

Auf der Basis dieser Informationen wird der bestehende Vorschlag überarbeitet (siehe Anlage)

Maßnahme Berichterstattung und Darstellung politischer Konzepte in Leichter Sprache und Anpassung des Internetauftritts für Menschen mit Sinneseinschränkungen

Herr Baumgartner stellt fest, dass „Die Linke“ für die Bundestagswahl eine Kurzform des Programms in leichter Sprache herausgeben werde. Darüber hinaus werde an Gebärdensprachdolmetschervideos gearbeitet und an Umsetzungen in Brailleschrift. Das Ziel laute, das Programm Menschen mit allen möglichen Sinneseinschränkungen zur Verfügung zu stellen.

Er plädiert auch dafür, die Sätze der Maßnahmen für den Aktionsplan etwas zu kürzen und möglichst an das Anliegen, zumindest einfache Sprache zu verwenden, anzupassen. Auf dieser Basis wurde der bestehende Vorschlag überarbeitet. (siehe Anlage)

Die weiteren Maßnahmen zu **„Schulung von Verwaltungsangestellten“**, **„Unterstützung von Menschen mit psychischen Behinderungen“** und **„Aufbau von Peer Counselling in der Stadt Fürth“** werden mit geringen Ergänzungen /Modifikationen in den Aktionsplan einbezogen. Das Diskussionsergebnis ist im Anhang beigefügt, die Änderungen ersichtlich.

Die Maßnahme „Peer Counselling“ wird nur auf dieses Thema bezogen, der letzte Absatz „Um die Ängste...“ wird bei der Maßnahme „Schaffung einer Willkommenskultur“ angefügt.

Maßnahme Offene Veranstaltungen zum Thema Menschen mit Behinderung

Es herrscht Einverständnis, die Maßnahme wie vorgeschlagen, in den Maßnahmenkatalog aufzunehmen.

Maßnahme Berichterstattung über die Umsetzung des Aktionsplans

Es herrscht Einverständnis, die Maßnahme wie vorgeschlagen, in den Maßnahmenkatalog aufzunehmen. Ergänzung: einmal im Quartal.

Maßnahme verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und Bewusstseinsbildung

Es herrscht Einverständnis, die Maßnahme wie vorgeschlagen, in den Maßnahmenkatalog mit folgenden Ergänzungen/Änderungen aufzunehmen: Inklusion ersetzen mit „gleichberechtigte Teilhabe von Behinderten“ und letzter Satz kürzen: „Dabei arbeiten alle gesellschaftlichen Akteure zusammen.“

Die weiteren Maßnahmen zu „**Finanzbudget**“, „**Barrierefreie Veranstaltungen**“, „**Anmeldung von Veranstaltungen**“ und „**barrierefreie Veranstaltungsorte**“ sowie „**Beteiligungsformate**“ werden mit geringen Ergänzungen /Modifikationen in den Aktionsplan einbezogen. Das Diskussionsergebnis ist im Anhang beigefügt, die Änderungen ersichtlich.

Maßnahme Freiwilliges Tragen von Symbolen bei bestimmten spezifischen Behinderungen

Es wird erörtert, dass es sich hierbei um eine Maßnahme handelt, die sich eher an die Bürger richte. Frau Gottwald erklärt, dass hierbei Symbole wie das durchgestrichene Ohr angesprochen seien. Es wird beschlossen, diese Maßnahme an die Maßnahme „Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und Bewusstseinsbildung“ anzugliedern. Der Satz zu „Schubladendenken“ wird gestrichen bzw. entschärft.

(Vorschlag im Anschluss an die Diskussion im Vernetzungsforum und der Auftaktveranstaltung: „Es werden Maßnahmen überlegt, die dazu dienen, das Schubladendenken zu reduzieren, Hemmschwellen abzubauen und die Individualität des Einzelnen, jenseits von Behinderung oder anderen Einschränkungen in den Vordergrund zu stellen.“ Die Formulierung dient der weiteren Diskussion.

Maßnahme Verstärkte Aktivität des Behindertenrates

Die Maßnahme wird nach Diskussion des Für und Wider gestrichen

4 Verabschiedung

Im Anschluss an die Diskussion bedankt sich Herr Buba für die rege Teilnahme und erläutert das weitere Vorgehen. Das Protokoll der heutigen Sitzung wird allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf der Homepage zur Verfügung gestellt. Nachdem die Diskussionen in der heutigen Sitzung schon sehr weit fortgeschritten und die Maßnahmen bereits detailliert besprochen wurden, wird angedacht, die dritte Sitzung ausfallen zu lassen. Dies wird aber noch nicht endgültig beschlossen, die Teilnehmer werden darüber per Email informiert mit ihnen auf der Basis des Protokolls und überarbeiteten Maßnahmenkatalogs Einvernehmen erzielt. Die Teilnehmer werden dazu gebeten, sich bis spätestens zur Abschlussveranstaltung die überarbeiteten Maßnahmenvorschläge genauer anzusehen und gegebenenfalls Änderungs- und Ergänzungsvorschläge dem BASIS-Institut zu übermitteln.

Er wünscht allen Anwesenden nun noch einen schönen Abend und verabschiedet sich.

Für das Protokoll

BASIS-Institut

Elena Tiedemann